

Inge Deutschkron

Das schwierige Verhältnis zwischen Israel und der Bundesrepublik Deutschland - zwei Staatsmänner versuchen eine Lösung“

Die Menschen guckten meist weg, wenn sie jemandem in der gestreiften KZ-Kleidung auf der Straße begegneten. Sie schienen nichts zu sehen oder sehen zu wollen. Der Aufschrei des Entsetzens, die natürliche Reaktion der Menschen in der ganzen Welt auf die Verbrechen an Millionen Menschen war in Deutschland nicht zu hören. Im Gegenteil: Umfragen ergaben, dass die meisten Deutschen der Ansicht waren, durch Bomben, Vertreibung und Hunger ebenso gelitten zu haben wie die KZ Opfer. Sie beklagten ihr eigenes Schicksal, ihre Verluste, und weigerten sich, nach den Ursachen zu fragen. In ihrer Situation: das Land weitgehend zerstört, unter die Siegermächte aufgeteilt, und viele Familienmitglieder vermisst oder gefallen, mag das eine begreifliche Situation gewesen sein. Doch es gab auch Menschen, die den bedrängten Juden, oft unter Einsatz ihres Lebens geholfen hatten. Damit protestierten sie gleichzeitig gegen ein Regime, das sie ablehnten. Sie mussten lange auf die Ehrung war-

ten, die sie verdient hatten. Sie waren es auch, die nach dem Krieg die Deutschen zur Sühne aufriefen für die Ausrottung der Juden und für das, was andere Völker durch Deutsche erlitten hatten.

Die Allgemeinheit aber blieb vor allem der Vernichtung der Juden gegenüber gleichgültig. Auch nach dem Ende des Hitler-Regimes war der Antisemitismus keineswegs verschwunden. Im Juni 1947 veranstaltete die Amerikanische Militärregierung in ihrer Besatzungszone eine Meinungsumfrage aus der hervorging, dass sich 22 % der Bevölkerung zur nationalsozialistischen Rassen-theorie bekannten und 19 % zum Nationalsozialismus. Wahrscheinlich lagen die Zahlen noch höher, denn es ist anzunehmen, dass bei einem so heiklen Thema sich viele gescheut haben, ihre Ansichten zu offenbaren.

So nahmen die Deutschen kaum Notiz von der Gründung des Staates Israel.

Es gab in Israel nicht eine einzige Familie europäischer Abstammung, die nicht den Verlust eines einzigen nahen Angehörigen, eines Freundes oder Nachbarn zu beklagen hatte. Nach dem Aus-

bruch von Schmerz und Trauer erhob sich eine Woge von Hass in Israel gegen die Urheber dieser Verbrechen und jene, die sie geschehen ließen. Es war, als ob Juden in Deutschland niemals glückliche Zeiten gesehen hätten, als ob sie niemals Anteil gehabt hätten am deutschen Kulturerbe. Alles, was sie in Deutschland erlebt hatten, was einmal ein deutscher Beitrag zur Kultur und Humanität der Welt war, schien jetzt ein für allemal ausgelöscht. Die Juden machten keinen Unterschied zwischen Deutschen und Nationalsozialisten. Die Konsequenz dieser Einstellung hieß damals für Juden und Israelis: nie wieder eine Beziehung zu Deutschen. Niemals Versöhnung!

Im Jahr 1949 erhob der Jüdische Weltkongress im Namen seiner viele Millionen zählenden Mitglieder Vorwürfe beim amerikanischen Außenministerium gegen die Übertragung der politischen Gewalt an eine deutsche Bundesregierung, in der viele ehemalige Nazis in Regierungsämtern säßen. Die Alliierten, die zu jener Zeit die Meinung vertraten, dass Westdeutschland als Bollwerk gegen die Militanz der Sowjetunion gegen den Westen dienen könne, reagierten nicht auf den Einspruch der Juden.

Auch die deutsche Bundesregierung wies die Vorwürfe der Juden zurück, äußerte sich aber immer noch nicht zur Schuldfrage. Sie ließ auch nicht die Absicht erkennen, wenigstens materielle Verluste der Juden wieder gutzumachen. Israelis und Juden hatten ein Schuldbekenntnis der Deutschen erwartet. Aber sie warteten vergebens. Sie stellten nur fest, dass auch diejenigen, in deren Namen die Verbrechen begangen worden waren, sich seit 1945 in Schweigen hüllten. Für die Israelis schien dies ein Beweis der Uneinsichtigkeit des deutschen Volkes und seiner Regierung.

Zwei Monate nach seiner Wahl zum Bundeskanzler der neu geschaffenen Bundesrepublik bot der Kanzler in einem Interview in der „Allgemeinen Wochenzeitung der Juden“ dem Staat Israel ein Geschenk von Waren im Wert von zehn Millionen Mark an zum Aufbau seines Staates und als erstes unmittelbares Zeichen dafür, dass den Juden in aller Welt das durch Deutsche zugefügte Unrecht wieder gutgemacht werden müsse. Doch auch in diesem Interview fand er keine Worte für den neu geschaffenen Staat Israel und seine Menschen, die so viel Leid zu ertragen hatten. Die Israelis hatten nur Hohn übrig für das angebo-

tene Geschenk von zehn Millionen Mark des Herrn Dr. Adenauer in Anbetracht ihrer horrenden Verluste in all den Ländern, die von den Deutschen besetzt und ausgeraubt worden waren.

Nahum Goldman, Präsident des Jüdischen Weltkongresses, kam im August 1949 nach einer Meinungsumfrage zu dem Ergebnis, dass der Nationalsozialismus in Deutschland keineswegs verschwunden und der Antisemitismus im Ansteigen sei. Er nannte Zahlen dieser Umfragen in den westlichen Bezirken der BRD: 41 % der Befragten zeigten eine tolerante Haltung Juden gegenüber. Eindeutig antisemitische Antworten kamen von 23 % der Wahlberechtigten. 15 % verweigerten eine Stimmabgabe. Die wenigen Juden in Berlin kommentierten mit verhaltener Empörung das Resultat dieser Wahlergebnisse mit den Worten: „Man hat das Pferd von hinten aufgezäumt. Hitlerwähler durften Parlamentswähler von heute sein“. Sie bezogen sich auch auf die Tatsache, dass 53 % der 1949 gewählten Parlamentarier Mitglieder der NSDAP waren. Jeder achte aller Parlamentssitze wurde also von ehemaligen Mitgliedern der NSDAP eingenommen, die kurz zuvor noch Hitler gefolgt waren. Drei Abgeordnete

waren sogar Mitglieder der gefürchteten SS gewesen.

In seiner ersten Regierungserklärung am 20. September 1949 im Deutschen Bundestag erwähnt der Kanzler mit keinem Wort eine Verantwortung der Deutschen für das grausame Schicksal der Juden! Dr. Adenauer beschränkte sich auf die Feststellung: „Wir halten es für unwürdig und für unglaublich, dass nach allem, was sich in der Zeit des Nationalsozialismus begeben hat, in Deutschland noch Leute sein sollen, die Juden deswegen verfolgen oder verachten, weil sie Juden sind. In einer späteren Erklärung sagte er fast triumphierend: „Das deutsche Volk hat in seiner überwiegenden Mehrheit die an den Juden begangenen Verbrechen verabscheut und sich nicht an ihnen beteiligt. Es hat in der Zeit des Nationalsozialismus im deutschen Volk viele gegeben, die mit eigener Gefährdung, aus religiösen Gründen, aus Gewissensnot, aus Scham über die Schändung des deutschen Namens ihren jüdischen Mitbürgern Hilfsbereitschaft gezeigt haben“. Ach, hätte diese Behauptung nur der Wahrheit entsprochen!

Es ist kein Zufall, dass Adenauer es jahrelang unterlassen hat, die Schuld des deutschen Volkes zu erwähnen. Ich bat als Vertreterin der israelischen Zeitung MAARIV um ein Interview mit dem deutschen Botschafter in London, Dr. Herbert Blankenhorn, einem engen Vertrauten des Bundeskanzlers. Ich wusste, dass Blankenhorn Mitglied der NSDAP gewesen ist wie viele andere Mitglieder dieser Bundesregierung auch. Er war bereit, Gründe zu nennen, die Adenauer dazu führten, noch kein öffentliches Schuldbekenntnis abzugeben. Dafür hätte erst die psychologische Basis im deutschen Volk vorbereitet werden müssen, so Herbert Blankenhorn, damit es den Bemühungen der Regierung um eine Versöhnung mit den Juden zustimmte. Es wäre Deutschlands Ansehen in der Welt abträglich gewesen, so Blankenhorn weiter, wenn die deutsche Bevölkerung diesen Bemühungen Widerstand geleistet hätte.

In einem Fernsehinterview bestätigte Adenauer zwar, dass den Juden Wiedergutmachung zustünde. Doch er fügte sehr offen hinzu, dass er zunächst noch sehr viele Probleme seines Landes zu lösen habe, bevor er sich der Wiedergutmachung für jüdische Menschen annehmen könne. John MacCloy, der amerikanische Hochkommis-

sar für Deutschland, bezeichnete am 30. Juli 1949 – sicher nicht zufällig – die Art, wie die Deutschen sich den Juden gegenüber verhielten „als Feuerprobe der deutsche Demokratie“. Er unterließ es jedoch darauf hinzuweisen, dass die meisten Überlebenden der KZs, der Ghettos und der Illegalität zwar nun nach jahrelangen Quälereien in den Lagern in Freiheit waren, sich aber in großer Not befanden. Ihr einstiger Besitz war in den meisten Fällen von den Nazis gestohlen worden. Viele junge Juden, denen Schulbildung, Abitur, Studium von den Nazis verweigert worden waren, verließen aus all diesen Gründen eiligst Deutschland und suchten in Amerika ihr Glück.

Am 20.März 1952, pünktlich um 9.00 Uhr morgens, betritt eine Gruppe von Deutschen in dunklen Anzügen den Konferenzraum des Hotels Casteel d'oud in Wassenaar, einer kleinen Stadt in der Nähe von Den Haag. Schweigend nehmen sie ihre Sitze auf der einen Seite des Konferenztisches der Tür gegenüber ein. Es sollte keinen körperlichen Kontakt geben mit der Gruppe von Männern, die, wie vorgesehen, fünf Minuten danach den Raum betritt. Es sind Mitglieder der israelischen Delegation und Repräsentanten der Jewish Claims Conference (der im Ausland le-

benden Israelis). Eine stumme Verbeugung in Richtung der Deutschen ist die ganze Begrüßung. Sie nehmen auf der anderen Seite des Tisches Platz. Die Leiter der beiden Delegationen stellen ihre Mitglieder vor. Wieder eine stumme Verbeugung. Dann werden in englischer Sprache die beiderseitigen Eröffnungserklärungen verlesen. Die Israelis schlagen einen Termin für die nächste Zusammenkunft vor. Die Deutschen stimmen zu und verlassen den Raum als erste.

So spielte sich die Eröffnung der Konferenz ab, deren Ergebnis der erste Vertrag werden sollte, der nach dem Ende des 2. Weltkrieges und der Ermordung vieler Millionen Angehöriger des jüdischen Volkes zwischen Juden und Deutschen abgeschlossen werden sollte.

„Zu schildern, was in uns vorging – sieben Jahre nach Hitler und Kriegsende ist bis zum heutigen Tage ebenso schwer wie das Erfassen und Verstehen der Tragödie, die den Anlass für diese Begegnung bildete“ schrieb Dr. Felix Shinnar, Leiter der Delegation Israels, über die Konferenz von Wassenaar. Professor Böhm, Leiter der Deutschen Delegation, sagte später: „Sie können sich nicht vorstellen, was wir in dem Augenblick die-

ser ersten Begegnung mit Vertretern Israels empfanden“.

Der beabsichtigte Vertrag, Luxemburg-Vertrag genannt, ließ an der Entschlossenheit jüdischer Kreise, Entschädigung und Rückerstattung von Deutschland zu fordern, nichts ändern. Ihre diesbezüglichen Appelle an die Siegermächte fanden großes Verständnis, doch waren diese der Ansicht, diese Angelegenheit müsse zwischen Juden und Deutschen geregelt werden. In Beantwortung der israelischen Note vom 05. Mai 1951, die später zur Verhandlungsgrundlage zwischen Juden und Deutschen wurde, bedauerten die drei Westmächte in ihren Noten, sich nicht in der Lage zu sehen, die Bundesrepublik zur Zahlung von Reparationen an Israel zu veranlassen. Israel war in einer misslichen Lage. Dies implizierte direkte Verhandlungen mit den Deutschen, und das war aus psychologischen Gründen fast undenkbar. Zwar kam es in der Folge noch nicht zu formellen Gesprächen, doch zu mehreren Kontakten vorbereitender Art. Kanzler Adenauer verlangte eine zweite Konferenz, die die Rechte aller jüdischen Organisationen wahrnehmen könnte. Die entstand auch. Es hieß, dass diese Claims Confe-

rence die Ansprüche gegenüber Deutschland unterstützen würde.

Nach all diesen Vorbereitungen schien der Aufnahme direkter Verhandlungen nichts mehr im Wege zu stehen. Auch Nahum Goldman war jetzt zu einem direkten Gespräch mit dem deutschen Gesprächschef bereit. Allerdings verlangte er Geheimhaltung der Gespräche, da er sich der Abneigung der Juden gegen derartige Verhandlungen bewusst war. In einer Note vom 12. März 1951 hatte Israel eine Entschädigung von 1,5 Milliarden Dollar gefordert, die für die Eingliederung von 500.000 Flüchtlingen aus Nazi-Deutschland aufgebracht werden müssten. 1 Milliarde von der BRD, 05 Milliarden Dollar von der DDR. Goldman bat Adenauer um eine schriftliche Anerkennung dieser Forderung als künftiger Verhandlungsbasis, bevor er Israel vorschlagen könne, in direkte Verhandlungen mit Bonn einzutreten. Adenauers Vertrauter Blankenhorn widersprach, da dies allen parlamentarischen Regeln und Grundsätzen widerspreche. Goldman reagierte schnell: „Ich habe 20 Minuten gesprochen“, erinnerte er sich, „was es für mich bedeutete, mit dem Chef der deutschen Regierung zusammenzutreffen nach all diesem Leiden“. „Ich sagte dem Bundeskanz-

ler, entweder wird dieses Problem als eine Sache der Moral behandelt, und Sie machen eine ganz großzügige Geste im Namen des neuen Deutschlands oder es ist besser, sich gar nicht auf solche Gespräche einzulassen, weil sie doch nur fehlschlagen können“.

In Bonn wurde die Opposition gegen das Papier von Wassenaar immer lauter. Zu ihr gehörten im Wesentlichen Menschen aus führenden Kreisen der Gesellschaft wie Bankiers, Industrielle und Vertriebene. Der deutsche Kanzler hörte ihnen genau zu. Dann sagte er: „Sie kennen mich noch nicht. Ich verabscheue große Worte wie auch Pathos. Aber wie wir hier zusammensitzen, fühle ich die Flügel der Geschichte, die meine Schulter berühren“. Zur Erklärung fuhr er fort, dass die Bundesregierung im Problem der Wiedergutmachung vor allem eine moralische Wiedergutmachung sehe und es für eine Ehrenverpflichtung des Deutschen Volkes halte, das Mögliche zu tun, um das an dem jüdischen Volk begangene Unrecht wiedergutzumachen. Dennoch wuchs die Opposition. Sie nannte die Unterschrift Adenauers unter das Papier von Wassenaar eine Belastung, die von der Wirtschaft seines Landes nicht getragen werden könne. Der bedeutendste Vertreter dieser

Meinung war der ehemalige Direktor der Deutschen Bank, Dr. Hermann Josef Abs. Ein weiterer entscheidender Gegner des Vertrages war Fritz Schäffer, der in der Weimarer Republik als militanter Antisemit bekannt war, und unter Adenauer Finanzminister in Bonn wurde. Er gab vor, den moralischen Aspekt nicht zu sehen und wies die jüdischen Forderungen aus finanziellen und juristischen Gründen ab. Vor allem bezweifelte er die Rechtmäßigkeit der israelischen Forderungen, weil die an den Juden begangenen Verbrechen vor der Gründung des Staates Israel geschehen waren. Israel, so soll er zu Adenauer gesagt haben, sei in einer so bedrängten Lage, dass es auch mit 300 Dollar zufrieden sein würde.

Die Diskussionen um den Vertrag schienen nie enden zu wollen. Jeder stritt mit jedem. Jeder glaubte besser zu wissen, wie man die Juden befriedigen könnte, ohne „das Vaterland“ zu beschädigen. Adenauer, dem die Sache am Herzen lag, kannte Amerikas Interesse an einer Einigung zwischen Deutschen und Israelis zur Befriedung Europas. Davon hing auch der Handel zwischen Europa und Amerika ab. Zwei Tage lang kämpften mehr als 100.000 israelische Demonstranten vor der Knesset gegen den Vertrag. Es gab Ver-

letzte und Verhaftete auf Seiten der Politik und der Polizei. Und doch erwirkte Ben Gurion die Zustimmung der Parlamentarier. Sein „Sieg“ basierte schließlich auf einem Zitat der Bibel „So spricht der Herr: Du hast totgeschlagen, dazu noch in Besitz genommen.“ Mit diesem Bild glaubte er, den Anspruch Israels auf den erbenlosen Besitz begründen zu können. Ben-Gurion kommentierte die Ratifizierung des Luxemburg-Vertrages am 22. März 1953 mit den Worten: „Das ist ein großer Tag“, doch er fügte hinzu: „Die Deutschen werden niemals zahlen“. Ben-Gurion war überzeugt davon, es werde dem Luxemburg-Vertrag ähnlich ergehen wie dem Versailler Vertrag, dessen Bestimmungen niemals erfüllt wurden. „Aber dass sie die Entscheidung trafen, ist von besonderer Bedeutung“ sagte er. „Denn es ist eine politische Entscheidung. Es ist die Anerkennung des Staates Israel“.

Ben-Gurion sollte nicht Recht behalten. Die Deutschen erfüllten die Vertragsbestimmungen pünktlich. Genau am 30. März 1953 nahm in Bremen der israelische Frachter „Haifa“ die ersten für Israel bestimmten Waren an Bord.

Die politische Anerkennung des Staates Israel erfolgte erst zwölf Jahre später.

Der Luxemburg-Vertrag war der erste Schritt in Richtung diplomatischer Beziehungen zwischen Israel und der Bundesrepublik Deutschland.

Mit der folgenden kleinen Episode, möchte ich meine heutigen Ausführungen abrunden:

Es sollte eine „zufällige erste“ Begegnung sein zwischen einem deutschen und einem israelischen Staatsmann seit dem Zusammenbruch des Hitlerreiches und der Gründung des Staates Israel.. „Zufällig“ deshalb, weil die israelische Öffentlichkeit noch nicht bereit war, eine offizielle Begegnung dieser Art zu billigen.

Ben-Gurion konnte nicht nach Deutschland reisen, dafür fehlten die diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern. Schließlich ergab es sich, dass Ben-Gurion im März 1960 nach Washington reiste, um Präsident Eisenhower einen Besuch abzustatten und die Ehrendoktorwürde an der Brandeis-University in Empfang zu

nehmen. Ben-Gurion lag sehr viel an einem Treffen mit Adenauer. Er wollte ihn kennenlernen. „Ich hatte das Gefühl, dass es sich um einen ehrlichen Mann handelte“, sagte Ben-Gurion. Er hatte wohl auch das Gefühl, dass ihn mit Adenauer viel verband. Das Lebenswerk beider Männer als Gründer ihrer Staaten ist bemerkenswert. Abgesehen davon, dass Ben-Gurion Adenauer kennenlernen wollte, wollte er ihn um eine Anleihe bitten. Adenauer bat um Erlaubnis, Deutsch sprechen zu dürfen, da er in seiner Muttersprache Nuancen leichter ausdrücken konnte. Ben-Gurion, zu seinem Dolmetscher gewandt, sagte in Hebräisch: „Sie brauchen ihn nicht zu übersetzen. Ich verstehe einige Sprachen, darunter auch Deutsch“.

Dann kam er zur Sache. Er erhob Anklage, dass Hitler nicht nur das europäische Judentum vernichtet habe, sondern damit beinahe auch einen Jüdischen Staat. „Die europäischen Juden“, erklärte Ben-Gurion, „die den Weitblick und das Wissen und die Erfahrung hatten, einen Staat aufzubauen. Das europäische Judentum sei das Rückrat der zionistischen Bewegung gewesen. Hier unterbrach ihn sein Gegenüber mit der Bemerkung, „in gewisser Weise ähnelt das Schicksal

der Juden dem unseren. Auch uns fehlten aus dieser Sicht Persönlichkeiten zum Wiederaufbau“. Aufbrausend entgegnete Ben-Gurion: „Die Tragödie unseres Volkes ist mit nicht anderem zu vergleichen“. Dann kehrte er zum Thema zurück: „Wenn wir jetzt vier bis fünf Millionen hätten“, fuhr Ben-Gurion fort, „gäbe es für uns kein Sicherheitsproblem. Wir wären zwar nicht reich, aber unsere Leben und unsere Arbeit wären gesichert. So wie die Dinge jetzt liegen, wird Israel zwei bis drei Generationen brauchen, um die Juden aus Asien und Afrika völlig zu integrieren“. Adenauer erkundigte sich daraufhin nach der Geburtenrate in Israel. „Acht Kinder bei den orientalischen Juden, zwei bei den europäischen Juden, also durchschnittlich vier Kinder pro Familie, antwortete Ben-Gurion.

Adenauers Antwort: „Das ist nicht genug“.
